

Sparpaket: Nun kommen magere Jahre

Weniger Lehrer, weniger Blindengeld, Privatisierung des UKSH: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat gestern den Entwurf ihres Sparhaushaltes vorgelegt.

VON WOLFRAM HAMMER

Das schwarz-gelbe Kabinett in Kiel hat den Sparhaushalt 2011/2012 auf den Weg gebracht. Der gestern vorgelegte Entwurf soll ab September vom Landtag beraten und im Dezember beschlossen werden. Pro Jahr sollen die Ausgaben des Landes um 125 Millionen Euro sinken. Bis 2020 sollen dann jährlich weitere 125 Millionen Euro an Einsparungen hinzukommen. Erst wenn die Ausgaben 2020 somit um 1,25 Milliarden Euro abgesenkt worden sind, werde das Land absehbar mit seinen Steuereinnahmen auskommen und keine neuen Schulden machen müssen, heißt es. Allein für den alten Schuldenberg werden derzeit Jahr für Jahr schon über eine Milliarde Euro an Zinsen fällig. „Wir müssen raus aus den Schulden“, betonte CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen gestern angesichts dieser Zahlen.

Die ursprünglich geplante Schließung der Mediziner-Uni Lübeck (sollte 25 Millionen Euro sparen) ist wegen der angekündigten Millionen-Hilfe des Bundes zwar vom Tisch, und die Abwicklung der Wirtschafts-Uni in Flensburg (soll 1,7 Millionen sparen) ist um ein Jahr aufgeschoben worden. Dennoch sieht der Sparhaushalt anderswo tiefe Einschnitte vor. So sollen bis 2012 im öffentlichen Dienst 900 Stellen wegfallen, darunter 600 Lehrerstellen an den Schulen des Landes. Bis 2020 sollen 5300 der über 50 000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen werden.

Das monatliche Blindengeld wird für Erwachsene ab 2011 auf 200 Euro halbiert. Eine noch nicht näher geregelte Küstenschutzabgabe soll bis zu fünf Millionen Euro in die Landeskasse spülen. Der Etat für Zuschüsse für soziale Vereine und Verbände im Land wird um 330 Millionen

abgesenkt, von 3,44 auf 3,11 Milliarden Euro. Außerdem hält das Land am Einstieg in die Privatisierung des Uniklinikums UKSH fest. Im Bund wolle man sich zudem für die Beseitigung von Ausnahmeregelungen bei der Umsatzsteuer und für eine reformierte Grundsteuer einsetzen, erklär-

te CDU-Finanzminister Rainer Wiegard. Die Grunderwerbssteuer soll von 3,5 auf fünf Prozent angehoben werden – aber erst 2013.

SPD-Chef Ralf Stegner kritisiert die Kürzungspläne: „Statt Strukturveränderungen vorzuschlagen, wird der Rasenmäher eingesetzt.“ Ohne Steuererhöhun-

gen für Reiche und Vermögende werde es ohnehin nicht gehen. Lars Harms vom SSW monierte ebenfalls, dass die Koalition „bewusst auf die Erhöhung von Einnahmen verzichtet und vorläufig nur auf Kürzungen setzt“. Sie betätigte sich fast ausschließlich „als Abbruchunternehmen“.



Georg Engelbart (l.) und Niklas Finck waren dabei, als der Regierung die Protest-Unterschriften übergeben wurden. Foto: LUTZ ROESSLER

Weit über 100 000 Unterschriften für den Uni-Erhalt

LÜBECK – Noch einmal haben Studenten und Politiker gestern den Protest gegen die verhinderte Schließung der Lübecker Mediziner-Uni nach Kiel getragen. Als das schwarz-gelbe Kabinett zur Sitzung zusammenkam, übergaben 100 Demonstranten Ministerpräsident Peter Harry Carstensen die Protest-Unterschriften gegen sein Ex-Vorhaben. Es waren 130 344 Unterschriften.

„Ich habe nicht geglaubt, dass Sie so viele zusammenbekommen“, staunte der Regierungschef.

Uni-Vizepräsident Thomas Martinetz ging noch einmal hart mit der gescheiterten Schließungsabsicht der Regierung ins Gericht: „Was haben Sie bloß mit Lübeck angestellt!“ Der Landesvater habe mit der Uni „ei-

**Lübeck
Uni
bleibt!**

nige seiner fleißigsten Töchter als Geiseln genommen und mit dem Tode bedroht“. Der Wissenschaftsminister „hat uns die Unwahrheit gesagt“, die Staatssekretärin nenne die Uni Lübeck „einen Fehler“. Den Studenten habe man jedes Vertrauen in die Politik genommen. Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) riet nach

der knappen Rettung der Uni durch den Bund gestern hingegen auch zur Freude: „Wir haben gewonnen. Wir sind auf einem guten Weg.“ Das sei einer breiten Protestbewegung zu danken, wie sie Lübeck und Schleswig-Holstein noch nicht gesehen hätten. Dennoch bleibe man wachsam. Saxe: „Diese Menschen sind morgen wieder auf der Straße, wenn es sein muss.“ wh